

**Ausschuss für Inneres und Sport**

(71. Sitzung am 13. Februar 2020)

**Beratungsthemen:**

**Vertraulicher Sitzungsteil**

1. **Unterrichtung durch die Landesregierung über die geplante Abschiebung eines Gefährders aus Göttingen**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

**Öffentlicher Sitzungsteil**

2. **Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag über die erweiterte Zuständigkeit der mit der Begleitung aufenthaltsbeendender Maßnahmen betrauten Bediensteten in den Ländern**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/5595](#)

Der Ausschuss besprach Verfahrensfragen. Er beschloss einstimmig, eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchzuführen. Angehört werde sollen Vertreterinnen bzw. Vertreter der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen sowie der Landes- und Bundespolizei.

3. **Verfassungsfeinde entwaffnen - Waffenrecht verschärfen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/5075](#)

Der Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Ferner beschloss der Ausschuss gegen die Stimme der Vertreterin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und bei Enthaltung des Vertreters der Fraktion der FDP die Beratung abzuschließen. Er empfahl dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, FDP, AfD

*Ablehnung:* GRÜNE

*Enthaltung:* -

4. **Bürokratiearme Zulassung von Schalldämpfern**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/2568](#)

Der Ausschuss schloss die Mitberatung ab. Die Ausschussmitglieder kamen überein, dem federführenden Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz anstelle einer förmlichen Stellungnahme einen Auszug aus der Niederschrift zu diesem Tagesordnungspunkt zur Verfügung zu stellen.

5. **Sicherer Hafen Niedersachsen - lokale Solidarität für in Seenot geratene Geflüchtete**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/4483](#)

Der Ausschuss beschloss bei Enthaltung der Vertreterin der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen, die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung zu bitten.

6. **Kriterien zur Anerkennung Todesopfer rechter Gewalt anpassen - Überprüfung der offenen Fälle durch wissenschaftliche Untersuchung abschließen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/5637](#)

Der Ausschuss beschloss gegen die Stimme der Vertreterin der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen, die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung zu bitten.

7. **Beschlussfassung über den Antrag auf eine ergänzende Unterrichtung durch die Landesregierung bezüglich der Antwort auf die Anfrage „IS-Kämpfer auf niedersächsischen Straßen?“ (Drucksache 18/5434) der FDP-Fraktion**

Der Ausschuss beschloss einstimmig, die Landesregierung um eine ergänzende Unterrichtung zu bitten.

8. *(zusätzlicher Tagesordnungspunkt)*

**Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Polizeieinsatz beim Bundesparteitag der AfD und der damit verbundenen Gegenproteste am 30.11.2019 in Braunschweig**

Der Ausschuss beschloss gemäß § 95 a GO LT einstimmig die Vertraulichkeit der mit dem Schreiben des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport vom 30. Januar 2020 vorgelegten und entsprechend gekennzeichneten Unterrichtung.

9. **Terminangelegenheiten**

Der Ausschuss besprach Terminangelegenheiten.